

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

9.12.1871 (No. 299)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. Dezember.

N. 299.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

Karlsruhe, 8. Dez. Seine Königl. Hoheit der Großherzog empfangt am Mittag des 5. d. Mts. in besonderer Audienz den Freiherrn von Bibra, um aus dessen Händen sein Beglaubigungsschreiben als königlich bayerischen Minister-Residenten am Großherzoglichen Hofe entgegenzunehmen. Nachdem Freiherr von Bibra die Ehre gehabt hatte, auch von Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin empfangen zu werden, wurde derselbe am Abend des 6. d. Mts. zur groß. Tafel gezogen.

Telegramme.

† **Koblenz, 7. Dez.** Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Pommerehne, wurde heute Vormittags vom Schläge getroffen und blieb todt.

† **Darmstadt, 7. Dez.** Am 18. d. soll die feierliche Eröffnung der Bahnstrecke Mainz-Alzey, am 20. diejenige der Odenwald-Bahn stattfinden. Der Tunnel bei Höchst ist vom 10. an befahrbar.

† **Rom, 6. Dez.** Abgeordnetenkammer. Nach kurzer Debatte wurden die definitiven Voranschläge des Budgets pro 1871 für die Ministerien der Finanzen, der auswärtigen Angelegenheiten, des öffentlichen Unterrichts, der Justiz und des Innern angenommen. — Der König hat heute die Kommission des Parlaments, welche die Adresse auf die Thronrede überreichte, empfangen.

† **Rom, 7. Dez.** Der König ist gestern nach Florenz abgereist. — Mehrere Deputirte beabsichtigen, die Enbloe-Annahme des provisorischen Budgets pro 1872 zu beantragen.

Deutschland.

Strasburg, 5. Dez. (Niederrh.) Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr wurde ein Soldat des 47. Infanterieregiments, der aus einem Wirthshause auf der Weiskirchstraße heraustrat, von einem Franzosen überfallen und durch verschiedene Messerstiche tödtlich verwundet.

Saarburg, 5. Dez. Das Bureau d'administration des collèges hat sich am 28. v. Mts. unter dem Vorsitz des Hrn. Kreisdirectors Knebel und des stellvertretenden Maire's Hrn. Dr. Weiß zum ersten Mal versammelt und sich für die Errichtung der vierten Professur ausgesprochen. Dieselbe ist bereits durch Hrn. Dr. Kern, bisher Vorsteher einer Schweizer Realschule, übernommen worden — ein erster Schritt über den Standpunkt des früheren Collegs hinaus, an welchem nur drei Lehrkräfte wirkten. Ein weiterer ist durch die Beantragung eines 5. Lehrers eingeleitet.

Stuttgart, 7. Dez. Die demokratische und sog. großdeutsche Partei hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, wenigstens den Versuch zu wagen, eine Breshche in die Uebereinstimmung zu schießen, womit sämtliche deutsche Bundesregierungen auf dem letzten Reichstage aufgetreten sind — eine Uebereinstimmung, die freilich weder demokratischen noch ultramontanen oder internationalen Agitationen große Aussicht auf Erfolge läßt. Die bekannte Rede des württembergischen Justizministers v. Mittnacht auf dem letzten Reichstage hat dazu den Anlaß bieten müssen. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde von den Vertretern der genannten Parteien folgender [telegraphisch bereits signalisirter] Antrag eingebracht:

In Erwägung 1) daß die Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf Württemberg durch Vertrag vom 25. Nov. 1870 nur unter den Art. 2 des Vertrags angeführten Maßgaben zwischen den kontrahirenden Staaten vereinbart und Seitens der württembergischen Stände genehmigt worden ist; 2) daß die durch jene Maßgaben vertragsmäßig festgesetzte Beschränkung der Reichs-Gesetzgebung nach ihrem Recht und nach der Natur der Sache nicht durch einen Akt der Reichs-Gesetzgebung, sondern nur vertragsmäßig unter Zustimmung des württembergischen Staats beseligt werden kann, was durch das Protokoll od. Berlin, 25. Nov. 1870, und Versailles, 15. Nov. 1870, als selbstverständlich anerkannt worden ist; 3) daß die Zustimmung des württembergischen Staats hierzu nach Verf.-Art. 98 nur mit Einwilligung der württembergischen Stände erteilt werden kann; aus diesen Gründen und in Betracht der Bedeutung der durch den Vertrag vom 25. Nov. 1870 Art. 2 vorbehaltenen Rechte für die materiellen Interessen des Landes, stellen die Unterzeichneten den Antrag: „Hoch Kammer wolle beschließen:

1. Das verfassungsmäßige Recht der Stände auf Zustimmung zu Abänderung des Vertrags vom 25. Nov. 1870 zu verwahren und demzufolge II. der Königl. Staatsregierung zu erklären: 1) daß die Kammer eine ohne päpstliche Zustimmung beschlossene Abänderung jenes Vertrags für den württembergischen Staat verpflichtend nicht zu erkennen vermöchte, 2) daß durch einseitige Zustimmung zur Abänderung oder Aufhebung des Vertrags vom 25. Nov. 1870 die dafür verantwortlichen Regierungsglieder einer Verletzung der Landesverfassung schuldig machen würden.“ Desterlen, Probst, Schwarz, Reiter, Gratz, Streich, Maier (Zeitnang), Böhmle, Denker, Ruf, Kappel, Uhl, Bayrhammer, Bollmer, Mesmer, Hopf, Gutheing.

In der nächsten Sitzung wird der Abg. Desterlen diesen Antrag näher begründen.

Die Kammer erledigte heute die noch übrigen Artikel des Einführungsgezetzwurfs zum deutschen Strafgesetzbuch und nahm dann den Gesetzentwurf über Ausdehnung des Telegraphenetzes, womit 200,000 fl. für diesen Zweck aus den Mitteln des Eisenbahnbau-Fonds exorbitirt werden, einstimmig an. Der Abg. Paulus begründete seinen Antrag auf Erhöhung der Schullehrerbefoldungen auf ein Minimum von 600 fl. mit Alterszulagen von je 25 fl. von 5 zu 5 Jahren. Kultusminister v. Gehler sichert einen Gesetzentwurf in Betreff der Aufbesserung der Volksschullehrer-Gehalte zu.

Hierauf beginnt die Kammer mit der Etatsberatung für 1871/73. Zuerst werden die neu normirten Naturalienpreise, wie sie den Spezialetat zu Grunde gelegt sind (es werden in der Regel keine Naturalien mehr geliefert, sondern in Geld berechnet und ausbezahlt), gutgeheißen und dann folgende Positionen verwilligt: Zivilliste jährlich 913,059 fl. 36 kr. (Sammt Naturalien); Staatsschuld für beide Jahre zusammen 16,977,854 fl. 56 kr., wobei die außerordentliche Schuldenentlastung aus den Kriegsschuldabigungs-Geldern, sowie Tilgung und Verzinsung aus diesen und anderen Fonds, z. B. Eisenbahnbau-Fonds, Grundstock etc., nicht mit eingerechnet ist. Renten für 1871/72 114,400 fl. 13 kr., für 1872/73 114,726 fl. 53 kr. Entschädigungen jährlich 37,670 fl. (da hierunter 6771 fl. 36 kr. für Feuerversicherung des Hoftheater-Gebäudes begriffen ist, so bringt Lenz die Rückversicherung bei einer andern als der Landes-Brandkasse in Anregung). Pensionen für 1871/72 555,266 fl. 40 kr., für 1872/73 533,600 fl. (bei ersterer Summe ist noch eine Quote für Militärpensionen für den Monat Juli 1871 mitgerechnet, während dieselben mit dem 1. August 1871 an das deutsche Reichs-Militärbudget übergegangen ist und aus dem Pauschquantum von 225 Thln. pr. Mann der Friedenspräsenz bestirnt wird). Ducesenzgebälte jährlich 13,600 fl. Gratualien jährlich 140,000 fl.

H. München, 7. Dez. Das erzbischöfliche Ordinariat hat sich, nachdem es vergeblich die Hilfe der untern Instanzen angerufen, an das Ministerium gewendet und gegen die von ihm gemahregelten Pfarrer Hofmann und Bernard von Untenthausen und Kieferfeld den Schutz des Staates, bezw. des weltlichen Arms zur Vollstreckung seiner Disziplinarverurtheile anrufen, wiewohl es sich nach den „vorliegenden Präcedenten“ wenig Hoffnung auf Gewährung dieser Bitte macht. Im weiteren Verlauf der Vorstellung wird nun mit den bekannten Gründen bestritten, daß für dogmatische Entscheidungen das königl. Placet erforderlich sei; zum mindesten sei das zweifelhaft, und da könne doch auch das jeweilige Staatsministerium keine authentische Interpretation geben. Uebrigens sei durch die Verfassung der Kirchengewalt das Recht auf den staatlichen Schutz nur unter der einzigen Bedingung verliehen, daß dieselbe die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreite, und das sei doch in den vorwärtigen beiden Fällen offenbar nicht geschehen!

Wenn — so heißt es wörtlich weiter — das erzbischöfliche Ordinariat auf Grund dieses Thatsachens den Standpunkt der l. bayerischen Staatsregierung einen verfassungswidrigen nennen muß, so gewinnt diese Behauptung noch eine wesentliche Stütze und Hebung durch die vorhin schon angeführten wahrhaft unfaßlichen Folgerungen, zu denen sich dieselbe l. Staatsregierung von ihrem gegenwärtigen Standpunkte aus gedrängt sieht. Von nun an wird es nämlich gänzlich in der Hand der l. bayerischen Staatsregierung liegen, welche von den konfessions- und verfassungsmäßigen Rechten sie der katholischen Kirche in Bayern noch belassen will. Sie kann derselben auch alle verweigern. Denn wo immer sie mit der Kirche in Berührung kommt, stößt sie auch unvermeidlich auf die nun einmal in Fleisch und Blut der Katholiken übergegangenen (?) Konzilsbeschlüsse. So ist dann die katholische Kirche in Bayern unversprechlich schutz- und rechtslos geworden. Das ehrerbietig unterfertigte erzb. Ordinariat hat diesen Zustand bereits seit längerer Zeit sehr hart empfinden müssen. Eine sehr große Anzahl von Vorstellungen, Bitten und Beschwerden ist ohne höchsten Bescheid geblieben. Dabei leiden Einzelne, Pfarrengemeinden, öffentliche Schulen, die ganze Erzbischofssee sehr empfindlichen Schaden. Das ist wohl mehr als Verweigerung des in Bayern sonst der katholischen Kirche erzeigten Wohlwollens.

Schließlich wiederholt das Ordinariat die Eingangs gestellte Bitte.

Dem Vernehmen nach hat die Verwaltung der pfälzischen Bahnen sich zum Bau der Eisenbahnstrecke von Bergzabern über Dahn nach Kaltenbach, welche einen ungefähren Aufwand von 3 Millionen Gulden erfordern würde, gegen eine 4 1/2-prozentige Zinsgarantie des Staates bereit erklärt. An dem Zustandekommen dieser Linie ist kaum zu zweifeln. Die Strecke von Germersheim, bezw. Lingenfeld nach Landau wird wohl im Vorfrühling eröffnet werden können. Möglicherweise kann man vielleicht auch schon im Spätherbst mit der Bahn von Landau nach Annweiler fahren.

Altenburg, 3. Dez. Unter den Vorlagen, welche die herzogliche Staatsregierung dem Landtage gemacht hat, ist besonders eine Novelle zu dem Gesetze über die Befoldungsverhältnisse der Volksschul-Lehrer vom 16. Juli 1862 hervorzuheben, weil sie eine neue erhebliche Aufbesserung der äußern Lage des Lehrerstandes bezweckt. Die Minimalsätze werden von 200, bezw. 260 auf 250, bezw. 350 Thaler erhöht.

Greifswald, 30. Nov. (N. Pr. Z.) Unsere Universität hat sich in diesem Semester hinsichtlich der Studentenzahl auf eine Höhe geschwungen, welche sie bisher noch nie erreicht hat. Gegen 428 des Sommersemesters, von denen 106 abgingen, weist das eben ausgegebene Verzeichniß mit Einschluß von 32 Pharmaceuten und einigen Hospitanten im Ganzen 523 Studirende auf, darunter 342 Mediziner, 82 Philosophen, 34 Juristen, 18 Theologen.

Kiel, 4. Dez. Wie verlautet, ist nunmehr definitiv bestimmt, daß die Panzerfregatten „Kronprinz“, „Friedrich Karl“ und die Korvetten „Elisabeth“ und „Augusta“ zu einem Evolutionsgeschwader vereinigt werden, welches im Atlantischen Ocean kreuzen soll. Zur vollständigen Besetzung dieser Schiffe mit Matrosen und Heizern ist es nöthig geworden, Reservisten einzuziehen, und die Flottenstammdivision hat auch bereits die Ordres den betreffenden Bezirkskommandos zugesandt.

Berlin, 6. Dez. (N. Pr. Z.) Vom Jahre 1872 ab werden die bisher norddeutschen Gesandtschaften in München, Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe auf den preussischen Etat übernommen. Auf demselben stehen bekanntlich schon Gesandtschaften in Dresden, Hamburg, Odenburg und Weimar, so daß Preußen also bei den deutschen Einzelstaaten 8 Spezial-Gesandte unterhält mit einem Kostenaufwand von 103,900 Thlr. Außerdem sollen auch künftig in München und Stuttgart preussische Militärbevollmächtigte unterhalten werden; nur der Posten eines Militärbevollmächtigten in Karlsruhe ist in Wegfall gekommen.

** **Berlin, 7. Dez.** Zu Kommandanten der demnächst in Dienst zu stellenden Kriegsschiffe „Elisabeth“ und „Friedrich Karl“ wurden Kapitän Reibnitz und Graf Waldersee ernannt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Dez. Die „N. Fr. Presse“ meldet: Holzgethan bleibt Finanzminister bis nach Bewilligung des Budgets für 1872. Das veranschlagte Defizit beträgt 20 Millionen. Das Ministerium bereitet Gesetzentwürfe vor über das Verhältnis der Kirche zum Staat, über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes, Erhöhung der Beamtengehälter und Einführung direkter Reichsraths-Wahlen mit Beibehaltung des Gruppensystems.

Italien.

Rom, 5. Dez. Finanzminister Sella wird der Kammer am 11. Dez. seine Darlegung geben. — Ueber das Gesetz wegen Abschaffung der kirchlichen Genossenschaftsrathe noch immer große Uneinigkeit. — Anfangs Januar wird aus einer Anzahl Holzschiffe ein Uebungsgeschwader ausgerüstet werden. Sämtliche nichtgepanzerte Fregatten werden nach und nach den Uebungen beigegeben werden, um ihre Seetüchtigkeit prüfen und die Hienach vorzunehmenden Modifikationen bestimmen zu können.

Rom, 5. Dez. Die Riten-Kongregation, welche erst auf den 27. Novobr. angelegt war und später auf den 5. d. Mts. verschoben wurde, ist laut einer den Kardinalen am 4. d. Mts. zugestellten Anzeige wiederum abgesetzt und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es würde vielleicht als ein zu greller Widerspruch mit der angeblichen Unfreiheit des Papstes erscheinen, wenn er einen so feierlichen Akt, wie es zwei neue Heiligsprechungen sind, vollziehen würde. In Bezug auf jene Gefangenschaft erzählt man sich eine bezeichnende Aeußerung des Papstes: „Ich habe keine Abneigung dagegen, einmal auszugehen, aber ich fürchte, man wird mir applaudiren.“

Frankreich.

Paris, 5. Dez. (Köln. Z.) Der neue definitiv ernannte französische Botschafter in Berlin, Marquis de Gontaut-Biron, machte gestern bereits hier dem Chef der deutschen Mission seinen Besuch. Er gedenkt etwa am 9. oder 10. Dezember sich auf seinen Posten zu begeben. In Versailles sieht man der formellen Ernennung des Grafen Arnim zum Botschafter des Deutschen Reiches bis zum neuen Jahre entgegen. — Morgen erwartet man hier die Ankunft des General-Postdirectors Stephan und des Geh. Postraths Günther über Brüssel aus Berlin, um die letzten Einzelheiten in Bezug auf den neuen deutsch-französischen Postvertrag zu regeln. Es bleibt bei der Herabsetzung des Briefporto's auf 3 Sgr. von Deutschland nach Frankreich und auf 40 Cent. von Frankreich nach Deutschland. Unfrankirte Briefe zahlen in

beiden Ländern das Doppelte. Die noch zu erledigenden Gegenstände betreffen namentlich das Geldbriefwesen, das in beiden Staaten eine gleichmäßige Behandlung finden soll. Dem Abschluß des Vertrags darf man in Wälde entgegensehen. — Graf Hermann Arnim, früherer Botschaftssekretär in Paris und Konstantinopel, jetzt für Washington ernannt, ist hier eingetroffen.

Paris, 6. Dez. Die Verkündung des Belagerungszustandes in sämtlichen von den Deutschen besetzten Gebieten hat hier eine tiefe Niedergeschlagenheit hervorgerufen, und in der Presse macht sich denn auch ein Gefühl der Reue über die bekannten, von den französischen Geschworenen gefällten Verurteilungen geltend. So schreibt der „Soir“, allerdings nicht ohne sich selbst zu widersprechen:

Wir können diese Verfügung nur bedauern, müssen jedoch anerkennen, daß, wenn Niemand die Gewalt hatte, das Erkenntnis eines französischen Schwurgerichtshofs zu beeinflussen oder umzuküpfeln, unsere Gegner ihrerseits keinen Grund haben, mit einem Volk schonend umzugehen, welches sie wie gemeine gefährliche Thiere behandelt, die man ungestrukt tödten kann. Die Deutschen haben sich sechs Monate lang bei uns als wahre Barbaren aufgeführt; sie haben mit echt teutonischer Wildheit verfahren und das alte jüdische Gesetz: „Zahn um Zahn, Auge um Auge“, zu ihrem Vorbild bis in die zehnte Potenz getrieben (!). Es steht ihnen also nicht an, sich jetzt darüber zu wundern oder zu beklagen, daß wir ihre Lehren beherzigt haben.

In einem andern, nicht minder chauvinistischen Blatt, dem seit kurzem erscheinenden „Courr. de France“, sagt Hr. Robert Mitchell:

Gewiß, wenn jemals ein Haß thatsächlich und rechtlich begründet war, so ist es der, welchen jeder Franzose gegen Deutschland hegt. Aber die Gerechtigkeit muß sich über dieses Gefühl, wie rechtmäßig es auch sein mag, emporschwängen; sie darf die Eingebungen des Jornes nicht hören und in der Erforschung der Wahrheit auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung nicht achten. Konnet hat geurteilt, Konnet hätte bestraft werden müssen. Es war gewiß zu Gunsten des Angeklagten viel zu sagen und sein Charakter, seine persönlichen Verhältnisse, seine Vergangenheit und die seiner Familie verdienende unsere Sympathie. Aber wir können die Entschuldigung mit Repräsentation nicht zulassen, welche von Hr. Bacheub geltend gemacht und von den Pariser Geschworenen allzu bereitwillig anerkannt wurde. Wenn es den Preußen gefällt, uns gegenüber alle Gräueltaten der Menschlichkeit zu misachten (!), so ist das noch kein Grund, daß wir sie nachahmen und uns ebenfalls von dem Rechte entfernen sollen. (!) Deutschland konnte uns durch die Ueberzahl und das mechanische Wissen besiegen; aber auf dem Gebiete der Gerechtigkeit und Zivilisation sind wir die überlegene Nation und müssen es bleiben (!). Zwischen Deutschland und uns schwebt ein großer Prozeß, den wir in erster Instanz verloren haben, dessen Appellation aber mit Gottes Hilfe kommen wird. Dann wollen wir unsere Beschwerden zusammenfassen und uns erinnern. Bis zur Stunde der Revanche aber wollen wir unsern Jorn bewältigen; vergessen wir nicht, daß unsere unglücklichen Brüder von der Champagne, von Elsass und Lothringen (!) die Ausbrüche unseres Hasses theuer bezahlen müssen. Wenn wir vor der preussischen Rache geschützt sind, so stehen sie in der Hand des Feindes; sie straft man wenn man uns nicht erreichen kann. Sollte daher noch einmal ein Franzose aus den nicht okkupierten Ländern ein Attentat gegen einen deutschen Unterthan begehen, so möge er gerichtet und gütlichigt werden, weil er die Sicherheit seiner Landesleute im Osten in Gefahr gebracht hat.

Fürst Metternich, der sich in diesem Augenblicke in Genua befindet, wird binnen acht Tagen hier erwartet, um Hr. Thiers seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Die Fürstin Metternich ist schon am Sonntag hier eingetroffen. Der ehemalige Botschafter gedenkt den Winter in Italien zu verbringen.

Die große Frage des Tages ist noch immer die, ob die Prinzen von Aumale und Joinsville von ihren Abgeordneten-Plätzen Besitz nehmen werden. Dieselben hatten gestern eine Unterredung mit dem Präsidenten der Republik, die indeß, da die Vertreter der Bank im Vorzimmer warteten und Hr. Thiers auch sonst mit Geschäften überhäuft war, nur sehr kurz ausfiel und zu keiner Entscheidung geführt zu haben scheint. Inzwischen war die Kommission, welche die Kammer seiner Zeit wegen der Frage der Aufhebung der Verbannungsgelege ernannt hatte und die in ihrer Mehrheit aus Orleansisten bestand, aus freiem Antriebe zusammengetreten, um, wenn auch ohne Mandat, über diesen Gegenstand zu verhandeln. Es waren dies die H. Herzog Decazes, Lepinasse, von Audiffret-Pasquier, Lucien Brun, Comte d'Haussonville, Ernoul, Pectereau-Willeneuve, Dessol, Bérenger, Coquery, de Lavergne, Watie, Comte Cumont, Moutin und Princeteau. Auch hier fand man den Fall zu delikant, um den Entschlieungen der Prinzen vorgreifen zu wollen; man erkannte an, daß sie dem Präsidenten der Republik gegenüber durch ihr Wort gebunden wären, und verhehlte sich nicht, daß es für die Ehre Ludwig Philipps eine Gewissens-Frage sei, in eine Kammer einzutreten, welche durch die Annahme des Rivet'schen Antrags eine wichtige Prinzipien-Frage im antimonarchischen Sinne entschieden hätte. Wenn man übrigens dem „Français“ glauben darf, so wäre es den beiden Prinzen nicht unwillkommen, wenn die Frage sich noch eine Weile, d. h. bis nach der Entscheidung der Frage über die Verlegung der Nationalversammlung nach Paris hinzöge.

Der Minister des Innern hat eine Kommission ernannt zur Verteilung der Summe von 1 Millon Fr. an hilfsbedürftige Elsäßer und Lothringer, welche in Frankreich ihren Wohnsitz genommen, oder zwar in ihrer Heimat geblieben, aber für die französische Nationalität optirt haben. Dieser Kommission gehören neben mehreren Verwaltungsbeamten die Abgg. Emil Leroux (Dise), Flavoyer (Aube), Claude (Meurthe), Albert Grévy (Doubs) und Lefebure (Seine) an.

Verailles, 5. Dez. (Kbin. Z.) Die unter den Deputirten herrschende Stimmung ist der Grund, weshalb

Hr. Thiers nicht bereits gestern seine Botschaft vortrug. Die Lage selbst läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: „Die Mitglieder der Majorität werden Hr. Thiers unterstützen, wenn derselbe mit den Radikalen und den Männern vom 4. September unwiderrüflich bricht. Sie verlangen ferner, daß man die „Parquets und die Präfekturen purifizirt, in denen sich noch viele September-Männer befinden, welche die öffentliche Stimmung in den Provinzen vergiften“. Wenn Hr. Thiers diese Forderungen nicht erfüllen will, die förmlich aufgestellt worden sind, so werden die Minister General Cussy und Larcy ihren Abschied nehmen und die Deputirten der Majorität Hr. Thiers ausgeben, den man dann durch ein Mißtrauensvotum zwingen will, seine Entlassung zu geben. Hr. Thiers soll die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Reformen eingesehen haben, aber er will sich nicht mit den Republikanern entzweien, und darin liegt die Schwierigkeit der Lage, in sofern es seine Stellung der Majorität gegenüber betrifft.“ — In der Nationalversammlung vertheidigt man heute, daß Hr. Kasimir Perier seine Entlassung ebenfalls einreichen wird, falls Hr. Thiers den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Hr. Calmon, auf seinem Posten erhält. Dieser Hr. Calmon spielte schon unter den beiden Vorgängern des Hr. Kasimir Perier die hervorragende Rolle im Ministerium des Innern, ungefähr die des Hr. v. St. Paul, welchen Rouher bekanntlich Hr. Picard und Hr. de Forcade, Minister des Innern unter dem Kaiserreich, zur Seite gestellt hatte, d. h. er tritt so auf, daß der Minister sein Untergebener zu sein scheint. Alle diese Angaben lassen eine ministerielle Krise als nahe bevorstehend erscheinen.

Gestern verurtheilte das Kriegsgericht zwei Offiziere des 120. Bataillons der Commune, den Hauptmann Cochon und den Leutnant Hubert, den Ersten zur Deportation in eine Festung, den Zweiten zu einfacher Deportation. Dieselben hatten nämlich bei der Verhaftung der Dominikaner des Klosters in Arcueil mitgewirkt, welche nach dem Fort Vieille gebracht und dort später ermordet wurden. Einer der Mönche, dem es gelungen war, zu entkommen, trat als Zeuge auf und schilderte die Qualen, welche die armen Märtyrer hatten aussehen müssen, als fürchbar. „Selbst die Inquisition“, setzte er naiv hinzu, „hatte wohl nicht schrecklicher auftreten können, als diese Barbaren.“

Der Präjekt des Marine-Departements ist von der deutschen Behörde aufgefordert worden, folgende Befanntmachung in die Zeitungen des Departements einzurücken:

In der Nacht vom 7. auf den 8. November d. J. sind die französischen Unterthanen Eugen Flamien und Karl Martin mit Gewalt in einen Pferdefall eingebracht. Nachdem sie den Soldaten Bumeister vom 35. Infanterieregiment (Brandenburg) erobert, nahmen sie sieben Pferde weg, welche dem genannten Regiment angehörten. Nachdem sie verhaftet worden waren, wurden die Brüder vor die Justiz gestellt, die sie zum Tode verurtheilte. Sie wurden heute Morgen erschossen. — Rheims, 29. November 1871. Der Generalleutnant, Kommandant der 6. preussischen Okkupationsdivision, Schwerin.

Badische Chronik.

* Unsere gefrige Mittheilung, wonach der kgl. preuss. außerordentl. Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf v. Flemming mit seiner Gemahlin zu der am 6. Statgebachten groß. Hofafel eine Einladung erhalten habe, veruht auf einem Irrthum.

S.d.G. Karlsruhe, 6. Dez. (Sihung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Auf Vorlage von Gutachten der groß. Direktion der höheren Bürgerschule und des Vorstandes der hiesigen Handelskammer und auf Vortrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, einen Fortbildungsfursus für angehende Kaufleute zu errichten und sich hierzu mit dem Vorstand der höhern Bürgerschule, Prof. Damm, ins Benehmen zu setzen, sowie die hiesig erforderlichen Mittel im nächstjährigen Budget vorzusehen. Hiernach würden diese jungen Leute in Abendstunden unentgeltlichen Unterricht im Schönschreiben, kaufmännischem Rechnen, Korrespondenz, deutscher, französischer und englischer Sprache erhalten; die begünstigten Lehrer würden theils von der Stadt, theils von der hiesigen Handelskammer ein Honorar beziehen.

Auf die Eingabe der Hauseigenen der Rüppurrerthorstraße um Aenderung der Benennung dieser Straße in „Seewerbestraße“ wird beschlossen, in nächster Sitzung hierüber zu entscheiden, da der Gemeinderath, obwohl er die Namensänderung für sehr wünschenswerth erachtet, die viel zu viel sagende Benennung „Seewerbestraße“ nicht für geeignet zu halten vermag.

Der schriftliche Antrag des Resipienten in Eisenbahn-Angelegenheiten: im Verein mit der pälz. Eisenbahn-Direktion in Ludwigshafen die Erbauung einer festen Brücke bei Marxau über den Rhein in Erwägung zu ziehen, findet allseitige Zustimmung und wird beschlossen, alsbald mit der Direktion der pälz. Eisenbahnen sich ins Benehmen zu setzen.

Das groß. Bezirksamt theilt mit, daß es die Benützung des Spitalplatzes zur Aufstellung von Abfuhrwagen den Betheiligten ausdrücklich untersagt habe.

In Folge der Anzeige des städt. Wasser- und Straßenbau-Amtes, daß häufig ohne Genehmigung des Gemeinderaths Grabarbeiten in den Stadtstraßen von Privatpersonen vorgenommen werden, wird beschlossen, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß es unerlaubt und strafbar sei, an den Straßen der Stadt irgend welche Aenderungen vorzunehmen, ohne die Genehmigung des Gemeinderaths vorher eingeholt zu haben.

Als Gemeindefürer für Gasuhren soll Kaufmann und früherer Gasinspektor Max Maish groß. Bezirksamt in Vorschlag gebracht werden.

Dem Vorsitzenden wird es überlassen, Tagfahrt zur Erstwahl für den ausgetretenen Gemeinderath Barthold anzuberäumen.

Bezüglich der Ausführung einer Verbindungsleitung zwischen dem Abrennen des groß. Hof-Wasserwerks und demjenigen der Stadt wird die Aufstellung eines Kostenvoranschlags beschlossen, um sodann mit groß. Hofdomänen-Intendant in Unterhandlung zu treten. Diese Verbindungsleitung soll nur für Nothfälle dienen, in welchen

das eine oder das andere der beiden Werke längere Zeit stillstehen sollte.

* Karlsruhe, 8. Dez. In der letzten Nacht hatten wir hier eine Kälte von 15–16°.

Heidelberg, 6. Dez. (Heid. Z.) Wie wir von zuverlässiger Seite vernehmen, werden in der nächsten Zeit verschiedene wichtige Vorlagen an den Bürgerausschuß gelangen; von besonderem Interesse dürfte dabei die Frage über die Reorganisation der höheren Bürgerschule sein, worüber durch die Mittheilung der Gemeinderathsverhandlungen schon Einiges in die Öffentlichkeit gelangt ist. So viel ist als sicher anzunehmen, daß der Gemeinderath daran festhält, daß der Charakter der höheren Bürgerschule als Anstalt zur Heranbildung junger Leute aus dem Bürgerstande auch ferner erhalten bleibt, dagegen in der Art reorganisiert werden soll, daß mit Absolvierung der VI. Klasse die Schüler diejenige Durchbildung erhalten haben, um die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst zu erlangen.

Eine weitere Vorlage von Interesse ist die, nach langen Verhandlungen erzielte Vereinbarung zwischen den Vertretern der Stadt und den Erben des Dr. Kleinschmidt wegen Ueberlassung des Vermögenes desselben an die erstere gegen Zahlung einer jährlichen Rente. Der Antrag des Gemeinderaths um Genehmigung eines Kredits zur Errichtung eines Denkmals auf dem Friedhof für die dort begrabenen deutschen Krieger wird einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bilden. Auch soll über den Stand der Wasserleitungssangelegenheit dem Bürgerausschuß Mittheilung gemacht werden.

* Mannheim, 7. Dez. Auf die Aktien der Rheinischen Hypothekbank sind an den hiesigen Subskriptionsstellen zahlreiche Anmeldungen erfolgt. Die aufgelegten Beträge sind größtentheils gedeckt und ist der Schluß der Subskription bevorstehend.

Mannheim, 7. Dez. (Mann. Anz.) Nach einer ersten Zusammenstellung der Resultate der Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl des Stadtbereichs etwa 38,000.

Weinheim, 5. Dez. (Heid. Z.) Heute Abend hielt Hr. Julius Schulze, Mitglied des neugegründeten Vereins für Volksbildung in Berlin, bei freiem Eintritt im Saale zum „Adler“ einen Vortrag über die Gefahren des Sozialismus und die Mittel, denselben zu begegnen. Diese so hochwichtige Tagesfrage erregt überall das größte Interesse, und der Redner, welcher eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft vor sich sah, legte hierbei das Zeugnis eines tüchtigen Redners und Volksmannes an den Tag.

Man schreibt der „Auer“: Die Linie Wertheim-Lohr soll bald in Angriff genommen werden und erhält Wertheim den Centralbahnhof. Die Linie Miltenberg-Wertheim ist natürlich nur eine Frage der Zeit, wird aber bald gebaut und hat Wertim eine schöne Zukunft vor sich als Knotenpunkt dreier Bahnen. Ueber den Anschluß der Miltenberg-Waldhäuser Bahn tauchen ganz falsche Ansichten auf. Oberburken wird unter allen Umständen Knotenpunkt und erhält den Rangirbahnhof, nur würde, im Falle die obige Bahn in Sedach ausmündet, ein drittes Schienengeleise von Sedach nach Oberburken erforderlich, ähnlich wie von Niengehofen nach Lauda. Dem steht aber der gewichtige Hinderungsgrund entgegen, daß die Tunnelbauten hierfür zu eng sind und die Erweiterung ungeheure Kosten verursachen würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man sich behal für Ausmündung der Bahn bei Oberburken entschließen.

Offenburg, 6. Dez. Nach dem vorläufigen Ergebnis der diesjährigen Volkszählung beträgt die Seelenzahl in hiesiger Stadt 5719, somit ergibt sich seit letzter Volkszählung eine Vermehrung von ca. 400 Seelen.

Konstanz, 6. Dez. Die hiesige Bevölkerung beträgt rund 10,100, hat also seit 1867 um etwa 1000 zugenommen.

Vermischte Nachrichten.

— Eine ultramontane Kundgebung aus dem Elsaß. Die katholischen Geistlichen des Dekanats Kapfersberg, Diözese Straßburg, haben an den Bischof von Regensburg eine Adresse gerichtet, die (nach der „Germania“) in deutscher Uebersetzung lautet: „Hochwürdigster Herr Bischof! Wir, die Bischöfe, Gnaden und gefahren, den offenen Ausdruck unserer Eifer und Dankbarkeit entgegenzunehmen, womit wir Gnaden beglückwünschen zu der muthvollen Einheitspolitik, womit Sie für die Lehre der Kirche und für die Gesellschaft Jesu eintreten. Alle Katholiken haben ihre Augen auf Gn. Bischof, Gnaden gerichtet und segnen Gott dafür, in Ihnen einen neuen von Droste-Bischoff (!), einen hl. Athanasius (!) wieder zu finden, den weder die Drohungen der weltlichen Gerichte, noch die Kerkmauern zu beugen vermochten, und dessen apostolisches Wort nicht in Ketten geschlagen werden konnte. Das erhabene Beispiel Gn. Bischof, Gnaden reizt sich denjenigen würdig an, welche für alle Jahrhunderte des Christenthums ein Tref gewesenen sind (!), und es befestigt in den gläubigen Herzen das feste Vertrauen, daß die Freiheit der Kirche nicht untergehen wird. Die Kirche wird wissen zu leiden und zu kämpfen, aber sich zu eräutigen — niemals, ihre Rechte preiszugeben — niemals, sich zu beugen vor Schändlichkeiten — niemals! Indem wir unsere Herzen vereinigen in der Anhänglichkeit an den oberen Hirten zu Rom, an die Gesellschaft Jesu und an Gn. Bischof, Gnaden als einen erhabenen Befehrer des Glaubens in der Liebe zu der reinen Lehre, fürchten wir nicht die Kränkungen der Hölle, die Forten der Hölle werden die Kirche nicht überwältigen“. Kraft dieser Einigkeit werden wir nur ein Herz und eine Seele sein, so im Leben, so auch im Tode (in aeternum et ultra!).“

— Geweiler, 28. Nov. (Kbin. Z.) Bei der in hiesiger Stadt vorzunehmenden Wiedertaufe der Straßen fand sich unter anderen die räthselhafte Aufschrift: Rue Fortéré Ichappengasse. Das Fortéré erklärte sich bald, da an der Ecke einer Parcellenstraße eine Rue Hintéré Ichappengasse zu lesen war; das Ichappengasse dagegen eine Form, deren Sinn lange kein Schlüssel aufschließen wollte, bis sich fand, daß es an dieser Stelle vordem mehrere Schöpfens oder (wie oft im eltsässischen Volksmunde vor sich), mit vorge schlagenem T, Tschoppengassen gegeben hatte. Das Räthsel löste sich nun leicht. Bei der früheren Veränderung der Straßenamen durch die französische Verwaltung hatte das hiesige Bureau in Paris statt Tschoppengasse irrthümlich Ichappengasse gelesen, da dieser Laut aber dem französischen Ohr zu fremdartig klang, statt des S Larweg ein a eingesetzt, und so ward aus der deutschen Borden und Hintere Schöppengasse für Jachtychte eine Rue Fortéré und eine Rue Hintéré Ichappengasse gemacht. Bald wird der Schöppe nun seinen arg

verwässerten Abam anzuehen und in alster Unverbohrtheit wieder an unserer Straßenecke stehen.

Breslau, 4. Dez. (Schl. Blg.) Zur Feier des Jahrestages der Schlacht bei Poigny und Bourv, durch welche am 2. Dez. v. J. dem Vordringen der Loire-Armee ein Halt geboten wurde, fand in dem Kreise der Offiziere des (schlesischen) Leib-Kürassierregiments (Nr. 1), welches einen hervorragenden Antheil an der Entscheidung jenes Tages genommen hatte, ein Festessen statt. Zur Erinnerung an den Tag und die Theilnahme der Brigade Colomb waren mehrere glückwünschende Telegramme eingelaufen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher an jenem Tage den Oberbefehl über die beteiligten deutschen Truppen führte, hatte folgendes Telegramm an den General v. Colomb eingesandt: „Grotulire Ihnen zum Jahrestage des 2. Dezember 1870, wo es unter Gottes Hilfe und durch Ihre und Ihrer braven Truppen Wirkung, Heldenmuth und Aufopferung gelang, die Loire-Armee zum Verzicht auf den weiteren Vormarsch gegen Paris zu zwingen. Großherzog von Mecklenburg.“ Vom General v. Wittich traf folgende Depesche ein: „Durch Ihrer braven Brigade zum Tage von Poigny v. Wittich.“ Während des Festmahls wurde die Gründung einer Stiftung beschlossen, aus welcher solche Mannschaften des Kürassierregiments, die sich besonders ausgezeichneten, jedesmal am Jahrestage der Schlacht des 2. Dezember eine Belohnung erhalten sollen. Die sofort vorgenommene Sammlung ergab einen bedeutenden Betrag. Der Oberst v. Falkenhäuser-Walkenfurth, sowie der Graf Ballesheim, zählten je 1000 Thaler.

Königsberg, 1. Dez. Heute ist die Probenummer eines anti-infallibiltätigen Organs des hiesigen Katholikenvereins ausgegeben worden. Das Blatt wird vom 1. Jan. 1872 an regelmäßig erscheinen. Redakteur: Dr. Mich. Elias. Seine Tendenz kündigt das Blatt mit den Worten an: „Die Haltung wird eine streng katholische, aber der wahren Idee der katol. Kirche ohne Heugerei dienende sein. Die politischen Ereignisse werden, insoweit sie mit der kirchlichen Bewegung zusammenhängen, im nationalen Sinne besprochen werden.“

Le Châtimant, Journal Antiprussien, ist nicht eingegangen, sondern nur nach Bourg (Departement de l'Ain) verlegt, wo es als Wochenchrift unter der Leitung H. Gery's erscheint. Die Nummer vom 18. Nov. bringt einen Leitartikel mit der Uberschrift: „Wir werden nicht nachgeben“, worin versichert wird, daß trotz aller Beschlagnahme und Verbote von Seiten der französischen Regierung die Redaktion anstehen wird bei Erfüllung ihrer Aufgabe: „Den Haß, wo er schlägt, zu wecken, und ihn anzuschüren, wo er nicht genugsam brennt; der gegenwärtigen Gehänsel ist für uns die Wiederherstellung und die Rache. Nicht Gedanke muß von einem Ende Frankreichs bis zum anderen Räder erwidern für die, welche gefallen sind, und Befreier für die, welche das Vaterland bewahren, von welchem sie gewalttham getrennt worden.“ Aber der fernere Inhalt des Blattes bleibt nicht auf der Höhe dieser Absichten. Die vierte Seite gibt eine Fortsetzung der schmachvollen Denunziationen: Verzeichniß der „Preußen“ von Bourg, von Lyon, von Paris, von Billefranche, von Algier u., natürlich voll Fehler, statt Kreuznach steht Kreuzniet u. dgl.; denunziert werden die Geschäftehändler, welche deutsche Commis beschäftigen, die Hausbesitzer, welche Zimmer an Preußen vermischen, sogar die Wittschaften, welche preussisches Bier ihren Gästen vorsetzen! Unter der Uberschrift: „Unsere Preußen von Bourg“ steht die cynische Bemerkung: „Seine Signalfirste für heute; die Jagd ist eröffnet.“ Diese schimpfliche Angeberei wird mit solchem Selbstsinn betrieben, daß das vorliegende Blatt zwei Denunziationen als irrtümlich zurücknimmt, welche in dem vorigen Blatte gemacht worden waren.

Nachschrift.

Berlin, 7. Dez. Se. Maj. der Kaiser und Königin wird in Begleitung der königl. Prinzen morgen Mittag aus Hannover hier wieder eintreffen. Vorgestern Nachmittag hatte die Kaiserin und Königin dem seit einigen Tagen hier anwesenden Bischof von Straßburg, Dr. Raef, eine Audienz. — Die volle Wiedereröffnung des Fürsten Bismarck dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Zwar widmet sich der Reichskanzler schon in ziemlich ausgedehnter Maße wieder seinen Amtsgeschäften; er wird aber durch seinen Zustand in der Regel noch genöthigt, den Vormittag im Bette zu verbringen. — Der deutsche Bundesrath hält jetzt täglich Sitzungen, um die aus den Vereinbarungen mit dem Reichstage ihm erwachsenen Arbeiten zu erledigen. Namentlich handelt es sich dabei um die Feststellung der Bestimmungen über die Ausführung der Gesetze, welche mit der Nationalvertretung zu Stande gebracht sind. Das gemeinsame Münzgesetz wird bereits heute durch den Reichs- und Staatsanzeiger publizirt. Unverweilt soll zur Ausführung dieses Gesetzes geschritten werden. Es sind dazu schon mannichfache Vorbereitungen getroffen. Die Ausprägung der neuen Reichs-Goldmünzen soll u. A. auch in Straßburg erfolgen.

Berlin, 7. Dez. (A. Z.) Die Jury für die Konkurrenz zum Reichstags-Gebäude ist aus folgenden 19 Mitgliedern zusammengesetzt. Vom Bundesrath: Weishaupt (Preußen), v. Bülow (Mecklenburg), Krüger (Hansestädte), Berger v. Berglas (Bayern); vom Reichstage: Präsident Simson, Duncker, v. Rabenau, Römer, v. Unruh, Reichensperger, Graf Münster, v. Denzin; Architekten: Strack, Lucä (Berlin), Semper (Wien), Neureuther (München), Schmidt (Wien), Stas (Köln); Bildhauer: Drake (Berlin). Für den Fall von Ablehnungen sind Ersatzmänner in Aussicht genommen.

Sternberg, 7. Dez. Landtag. Es wird ein Reskript der Regierung beider Mecklenburg verlesen. Beide Landesherren sind einverstanden über die Grundzüge einer Verfassungsmodifikation. Die Stände werden aufgefordert, Deputirte zu wählen. Die Ritter- und Landtschaft erklären ihre Zustimmung.

Wien, 8. Dez. Die „N. Fr. Presse“ deutet an, daß der Justizminister eine Reform des Strafrechts durch den Antrag auf Einführung des deutschen Strafgesetzbuches in Oesterreich zu bewerkstelligen gedenke. Nach derselben Quelle steht die Ernennung einiger neuen Herrenhaus-Mitglieder bevor.

Florenz, 7. Dez. General Faiderbe ist hier selbst eingetroffen.

Versailles, 7. Dez. Abds. Nationalversammlung. (Eröffnung der Sitzung um 2 1/2 Uhr Nachmitt.) Grevy spricht der Versammlung seinen Dank für das durch seine Erwählung zum Präsidenten ihm bezeugte Vertrauen aus. Hierauf verliest Thiers seine Botschaft an die Nationalversammlung.

Die Botschaft konstatiert zunächst die Fortschritte, welche Frankreich Tag für Tag sowohl hinsichtlich des Friedens nach außen als der Reorganisation im Innern mache, und zu deren gerechter Würdigung man niemals vergessen dürfe, in welchen Zustand das Kaiserreich Frankreich geführt habe.

Die Botschaft sagt sodann: Nach einem Aufstande ohne Beispiel in der Geschichte übersteigt die Summe des Guten noch die Summe der Uebel. Unsere Beziehungen mit Europa haben sich zu friedlichen und wohlwollenden gestaltet. Unsere Beziehungen zu Preußen sind vollständig geregelt. Die Steuern gehen ohne Schwierigkeiten ein. Die Armee war unser erster Trost in unserm Unglück. Die materielle Ordnung scheint völlig wiederhergestellt. Die Auflösung der Nationalgarde ging ohne Widerstand vor sich. Die völlige Reorganisation des Landes muß man von Gott und allen Denjenigen erhoffen, welche die Intelligenz der modernen Gesellschaften haben. Die Lage ist so gut als man nach einem so unheilvollen Kriege nur immer erwarten durfte.

Die Politik Frankreichs ist die Politik eines dauerhaften und würdigen Friedens. Wenn wider alle Wahrscheinlichkeit friedensstörende Ereignisse eintreten sollten, so würde es nicht die Schuld Frankreichs sein. Frankreich will wieder werden, was es das Recht hat zu sein, und alle Staaten haben ein Interesse daran, daß Frankreich es sei. Frankreich wird nicht gegen sein feierlich gegebenes Wort verstoßen. Uebrigens sind die Staaten, welche am Kriege theilgenommen, ermüdet und die Zuschauer wurden wahrhaft mit Schauer erfüllt (vraiment terrifiés).

Die Botschaft geht dann zu den Einzelheiten der Beziehungen Frankreichs mit verschiedenen Staaten Europas über. Sie berichtet den Abschluß der Konvention mit Deutschland, betreffend die elsässisch-lothringische Zollangelegenheit, und fährt fort: In der Erwartung der endgültigen Befreiung des französischen Gebietes von den Okkupationstruppen haben wir uns bestrbt, die Bevölkerung von den deutschen Soldaten zu sondern, welche letztere in Kasernen gelegt wurden. Wir fordern die Bevölkerung auf, ihren Groll zu unterdrücken, deren Ausbruch ihre Leiden nicht abfürzen würde, vielmehr die Sicherheit Frankreichs gefährden könnte. Man muß die Ueberzeugung haben, daß das Leben eines Fremden eben so heilig ist als das eines Landemannes.

Die Botschaft geht alsdann zu den Verhältnissen betreffend der Handelsverträge über, unter denen Frankreich viel gelitten habe, gibt eine Darlegung der mit England geführten Unterhandlungen und sagt schließlich: Wir sind zu dem Entschlusse gekommen, den Handelsvertrag im Februar zu kündigen und während des Jahres, binnen dessen er dann noch in Kraft bleibt, die Unterhandlungen fortzusetzen. Weiter heißt es: Die freundschaftlichen Verhältnisse zu Spanien dauern fort. In Bezug auf Italien bewahren wir gleichfalls gute Beziehungen. Die Unabhängigkeit des hl. Stuhles wird streng aufrecht erhalten werden müssen. Was Rom anbelangt, so geben wir keinerlei Rathschläge, denn wir erhalten solche Niemand, am wenigsten dem Greise, welcher unsere ganze Hochachtung, unsere ganze Sympathie besitzt. Was Oesterreich betrifft, so hegen wir Wünsche für seine Wohlfahrt. Mit Rußland unterhalten wir die besten Beziehungen. Sie sind das Resultat einer gegenseitigen weisen Würdigung der Interessen beider Länder. Nirgends ist also Anlaß zu Beforgnis. Handel und Arbeit können mit vollem Vertrauen wieder aufgenommen werden.

Die Botschaft kommt nun auf die innere Lage zurück, konstatiert die Schwierigkeiten, eine gute Verwaltung zu bilden, und sagt: Wir können es heute aufsprechen: Wir erhalten von allen Seiten Zeichen der Befriedigung. (Armenie Unterbrechung zur Rechten). Thiers fügt hinzu: Die Session der Generalräthe hat Beweise eines Geistes der Verödigung und Weisheit gegeben.

Die Botschaft legt die Finanzlage dar und zieht die Bilanz des Kaiserreichs. Das Budget belief sich auf 2200 Millionen, ohne irgend welche Amortisation. So entstand ein Schuldenwuchs von acht Milliarden, wovon wir die Zinsen zu zahlen haben. Die Botschaft kündigt eine Ausgabenverminderung um 128 Millionen an; nichtsdestoweniger wird sich das gesammte Budget auf 2742 Millionen belaufen. Im Laufe von 20 Jahren ist dasselbe um 1250 Millionen gestiegen. Das haben wir dem Kaiserreich zu verdanken. Die schwebende Schuld wird auf 628 Millionen reduziert. Es soll eine regelmäßige Amortisation stattfinden. Das gesetzliche Maximum soll um 400 bis 600 Millionen erhöht werden. Im Ganzen ist die Finanzlage recht zufriedenstellend.

Die Reorganisation der Armee anlangend, so wird dieselbe künftig aus 150 Infanterieregimentern, jedes zu 2000 Mann mit 4 Kanonen per Tausend bestehen. In Kriegeszeiten ist die obligatorische Dienstpflicht vorgeschlagen. Das Friedenskontingent beträgt 90,000 Mann mit Losziehung, die Gesamtstärke also 800,000 Mann, wovon 450,000 unter den Fahnen.

Die Botschaft appellirt schließlich an die Mäßigung und Gerechtigkeit der Nationalversammlung als über den Parteien stehend.

Brüssel, 7. Dez. Abends. Der „Moniteur“ bestätigt, daß der König die Ernennung des neuen Kabinetts vollzogen hat.

Haag, 7. Dez. In der Zweiten Kammer gab

der Kriegsminister die Erklärung ab, er habe dem König wegen fortwährender Differenzen mit andern Ministern bezüglich der Amceerorganisation sein Portefeuille zurückgegeben.

London, 7. Dez. Graf und Gräfin Apponyi haben gestern ihre Reise nach Ungarn über Paris angetreten. — Wegen Reformirung des Oberhauses fand gestern in Birmingham ein Meeting statt, in welchem Resolutionen dahin gefaßt wurden, daß das Prinzip der Erbllichkeit aufgegeben und die gesetzgebende Gewalt nur durch vom Volke erwählte Vertreter ausgeübt werden solle. Auch die Bischöfe als solche dürften keinen Antheil an der gesetzgeb. Gewalt nehmen.

London, 8. Dez. Das heutige Bulletin von 8 Uhr Morgens über das Befinden des Prinzen von Wales meldet: Der Prinz verbrachte eine sehr unruhige Nacht. Die Fieber-Symptome sind bedeutend gestiegen.

Karlsruhe, 8. Dez. 9. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag 9. Dezember, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Mündliche Berichterstattung des Abg. Fischer über die vergleichende Darstellung der Rechnung des großh. Finanzministeriums Tit. I Domänenverwaltung für die Jahre 1868/69. 3) Mündliche Berichterstattung des Abg. Plüger über die vergleichende Darstellung der Rechnung des großh. Finanzministeriums Tit. II Steuerverwaltung für die Jahre 1868/69.

Karlsruhe, 7. Dez. Heute ist Nr. 24 der „Zeitschrift für bad. Verwaltung u. Verwaltungs-Rechtspflege“ erschienen. Inhalt: I. Denkschrift, die Ueberführung der Burgschifferschaft in eine Handelsgesellschaft betreffend. (Schluß.) II. Entschlüsse des Ministeriums des Innern: 1) Zu § 53 des Polizei-Strafgesetzbuches. 2) Anwendung der Gewerbeordnung und der Bauordnung auf die Errichtung eines chemischen Laboratoriums zu Amtsärztstuden. 3) Den Einzug der von dem katholischen Oberstiftungsrath erkanteten Geldstufen betreffend. 4) Den Dienstaustritt erannter Bürgermeister betreffend. III. Verwaltungsgeschichte: 1) Berechnung der Congrua bei der Gemeindebesteuerung. 2) Zur Anwendung des Armengesetzes, insbesondere der §§ 17 und 36 desselben.

Frankfurter Kurszettel vom 8. Dezember.

Staatspapiere.	
Deutschland 5 1/2 % Bundesoblig. 100 1/2	Oesterreich 4 1/2 % Papierrente 50 1/2
5 1/2 % Schatzscheine 100 1/2	Russland 4 1/2 % 50 1/2
Preußen 4 1/2 % Obligation. 100 1/2	Luxemb. 4 1/2 % Obl. i. F. d. 28 fr. 88 1/2
Baden 5 1/2 % Obligationen 102 1/2	Burg 4 1/2 % Obl. i. F. d. 105 fr. 88 1/2
4 1/2 % „ 99 1/2	Rußland 5 1/2 % Obl. v. 1870
4 1/2 % „ 94 1/2	„ „ „ „ „ „ „ „
3 1/2 % Obl. v. 1842 91	5 1/2 % Obl. v. 1871 87 1/2
Bayern 5 1/2 % Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2 % Obligation. 100 1/2
4 1/2 % „ 99 1/2	Schweden 4 1/2 % Obl. i. F. d. 95 1/2
4 1/2 % „ 94 1/2	Schweiz 4 1/2 % Obl. 100
Württemberg 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	R. Amerika 6 1/2 % Bonds 1862
4 1/2 % „ 99 1/2	von 1862
4 1/2 % „ 94 1/2	6 1/2 % Obl. v. 1865
Nassau 4 1/2 % Obligationen 99	3 1/2 % Obl. v. 1904
4 1/2 % „ 92 1/2	(1) v. 1864 95 1/2
Sachsen 5 1/2 % Obl. 103 1/2	3 1/2 % Spanische 31 1/2
S. Goth. 5 1/2 % „ 103 1/2	3 1/2 % Bolle franz. Rente 87 1/2
Gr. Hessen 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	3 1/2 % Rente 90 1/2
Oesterreich 5 1/2 % Silberrente 58 1/2	

Aktien und Prioritäten.	
Babische Bank 132 1/2	Hess. Ludwigsb. Pr. i. F. d. 402
Frankf. Bank à 500 fl. 3 1/2 % 137 1/2	5 1/2 % Böhm. Weib. Pr. i. F. d. 80 1/2
Bankverein à 100 Thlr. 100	4 1/2 % Elbab. Pr. i. F. d. 1. Em. 81 1/2
Einz. 123 1/2	5 1/2 % „ 2. Em. 79 1/2
Bereinstaffe m. fl. 100 120 1/2	5 1/2 % dt. Feuerf. neue 87 1/2
Darmstädter Bank 456 1/2	(Reumarkt - Ried)
Deft. Nationalbank 80 1/2	Prz.-Zoll-Prior. Feuerf. 85 1/2
Oester. Credit-Aktien 318	5 1/2 % Kronpr. Rud. Pr. v. 67/68 77 1/2
St. u. a. r. Bank-Aktien 109 1/2	5 1/2 % Kronpr. Rudolf Pr. v. 1869 77
4 1/2 % badr. D. S. à 200 fl. 145 1/2	5 1/2 % Nordwestb. Pr. i. F. d. 86
4 1/2 % badr. D. S. à 200 fl. 142 1/2	5 1/2 % Ung. D. S. Pr. i. F. d. 75
4 1/2 % Ludwigsb. D. S. à 500 fl. 194 1/2	5 1/2 % Ungar. Nordostb. Prior. 74 1/2
4 1/2 % Hess. Ludwigsbahn 185 1/2	3 1/2 % Pr. S. d. Lomb. Pr. i. F. d. 48
5 1/2 % Oesterb. S. d. 350 fl. 80 1/2	5 1/2 % Pr. Staatsb. Prior. 79 1/2
5 1/2 % Pr. Staatsb. i. F. d. 395 1/2	3 1/2 % Pr. Staatsb. Prior. 58 1/2
5 1/2 % S. d. S. d. S. d. S. d. 203 1/2	3 1/2 % Livornes. Pr. i. F. d. 37 1/2
5 1/2 % Nordwestb. A. L. Pr. 220 1/2	5 1/2 % Preuss. Bodencredit-Central-
5 1/2 % Elbab. S. d. 200 fl. 243 1/2	Pandbriefe 102 1/2
5 1/2 % S. d. S. d. S. d. S. d. 258 1/2	7 1/2 % New-York-City-Bonds
5 1/2 % Rud. S. d. S. d. S. d. 163 1/2	6 1/2 % Pacific Central 88
5 1/2 % Böhm. Weib. Pr. à 200 fl. 260 1/2	6 1/2 % South Missouri 77 1/2
5 1/2 % Pr. Z. S. d. S. d. S. d. 211 1/2	5 1/2 % Ungar. Galiz. 75 1/2
5 1/2 % W. d. S. d. S. d. S. d. 184 1/2	Pr. d. S. d. S. d. S. d. 120 1/2
	Pr. d. S. d. S. d. S. d. 110 1/2

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4 1/2 % Prämien-Anl. 112 1/2	Deft. 4 1/2 % 250 fl. -Loose v. 1854 78 1/2
Babische 4 1/2 % „ 110 1/2	5 1/2 % 500 fl. „ v. 1860 87 1/2
35 fl. -Loose 70 1/2	100 fl. -Loose von 1864 139 1/2
Braunsch. 20 Thlr. -Loose 19 1/2	Schwedische 10 Thlr. -Loose 12
Größt. Hessische 50 fl. -Loose 186	Rheinländer 10 Thlr. -Loose 8 1/2
25 fl. -Loose 48	Meininger fl. 7.
Ansbach-Gunzenhausen-Loose 12	

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterd. 100 fl. 3 1/2 % L. S. 99 1/2	Preuss. Friedrichsd'or fl. 9.58—59
Berlin 60 Thlr. 4 1/2 % „ 106	Billoten „ 9.40—42
Bremen 50 Thlr. 3 1/2 % „ 96	Holländ. 10 fl. St. „ 9.53—55
Hamburg 100 M. 4 1/2 % „ 87 1/2	Ducaten „ 5.33—35
London 10 Pf. St. 3 1/2 % „ 118	20 Francs-Stück „ 9.18—19
Paris 200 Fcs. 6 1/2 % „ 91 1/2	Engl. Sovereigns „ 11.47—49
Wien 100 fl. öst. W. 6 1/2 % „ 99 1/2	Russische Imperial. „ 9.42—44
	Dollars in Gold „ 2.24 1/2—25 1/2
Disconto L. S. 4 1/2 %	Dollarcoupon

Berliner Börse. 8. Dez. Kredit 182, Staatsbahn 226 1/2, Lombarden 116, 82er Amerikaner 93 1/4.

Paris, 7. Dez. Anleihe 91.47, 3 1/2 % Rente 56.95, Italiener 66.50, Staatsbahn 872.50, Lombarden 440.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Krosenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Sonntag 10. Dez. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Die Meisterfinger von Nürnberg, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

